

## **Niederschrift**

über die 3. öffentliche Sitzung  
des Schulausschusses

am Mittwoch, dem **19.09.2012**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 18.07.2012**
- 4. Einführung eines Ganztagschulbetriebs an Sander Grundschulen und dessen Umsetzung  
Vorlage: 127/2012**
- 4.1. Einführung eines Ganztagschulbetriebs an Sander Grundschulen und dessen Umsetzung  
Vorlage: 127/2012/1**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Petra Ducci als Ausschussvorsitzende  
Ratsfrau Isabel Bruns  
Ratsherr Oliver Kohls  
Ratsherr Olaf Lies (MdL)  
Beigeordneter Matthias Lührs  
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier  
Ratsherr Andreas Schindler

Vertreter/in der Lehrer

Annette Friedrichs  
Horst-Dieter Loga  
Susanne von Senden

Vertreter/in der Eltern

Sylke Lübben  
Andreas Schlumperger

Zuhörer/in

Ratsherr Stephan Eiklenborg  
Ratsfrau Annika Ramke  
Beigeordneter Achim Rutz  
Beigeordneter Alexander von Fintel  
Verwaltungsfachangestellter Hans-Hermann Tramann

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann  
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Verwaltungsfachangestellte Ruth Jürgens als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

## **Öffentlicher Teil**

### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Ducci, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die CDU-Fraktion monierte die wiederholt kurzfristige Übersendung von Ratsunterlagen, wie jetzt zu dieser Sitzung geschehen die Sitzungsvorlage 127/2012/1, wodurch eine umfassende Vorbereitung nicht möglich ist. Es

wird gewünscht, diesbezüglich eine Lösung herbeizuführen.

Von der Gruppe FDP/Grüne wurde aufgrund der fehlenden Vorbereitungszeit der Antrag gestellt, den Punkt 4 von der Tagesordnung zu streichen.

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass die mit Einladung vom 11.09.2012 übersandte Sitzungsvorlage 127/2012 die Beratungsgrundlage dieses Tagesordnungspunktes ist, die später nachgereichte Sitzungsvorlage 127/2012/1 eine Ergänzung des Punktes darstellt.

Die Ausschussvorsitzende gab den Antrag der Gruppe FDP/Grüne, den Tagesordnungspunkt 4 von der Tagesordnung zu streichen, im Fachausschuss zur Abstimmung.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen

Die vorliegende Tagesordnung wurde unverändert durch die Ausschussvorsitzende festgestellt.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 vom 18.07.2012**

Die Gruppe FDP/Grüne bemängelte die unzureichende Umsetzung der in den Ausschusssitzungen besprochenen und in den Protokollen festgehaltenen Vorgehensweisen, z. B. hinsichtlich Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und Ganztagsgrundschule.

**Zu Punkt 3 – Vorstellung des Schortenser Modells der Randbetreuung an Ganztagsgrundschulen** – wurde von der CDU-Fraktion beantragt, den zweiten Absatz zu ändern und die Worte „...und in der nächsten Sitzung des Schulausschusses ein Beschluss hierzu gefasst wird“ zu streichen.

**Beschluss:**

Unter Berücksichtigung der Änderung wird die Fassung der Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Einführung eines Ganztags schulbetriebs an Sander Grundschulen und dessen Umsetzung**  
**Vorlage: 127/2012**

4.1. **Einführung eines Ganztags schulbetriebs an Sander Grundschulen und dessen Umsetzung**  
**Vorlage: 127/2012/1**

Die Ausschussvorsitzende fasste einfürend die Entwicklung der bisherigen Diskussion zusammen und erläuterte abschließend den mit der Sitzungsvorlage 127/2012/1 vorgelegten Vorschlag zu Einführung eines Ganztags schulbetriebs an Sander Grundschulen.

Bürgermeister Wesselmann schaute auf das seit geraumer Zeit diskutierte Thema zurück. Zuletzt konnten Informationen zur Randbetreuung bei der Besichtigung der Grundschule in Oestringerfelde gesammelt werden. Als Vorteil für Sande sah er, dass z. B. durch die schon vorhandene Mensa an der Oberschule weniger Investitionen zu tätigen seien. Als schwierig gestaltet sich die Ermittlung der Kosten, da hier viele Faktoren (Zeitung, Ferienzeiten, Personal usw.) zu berücksichtigen sind. Weiterhin ist zu klären, welche Zuschüsse erreicht werden können. Es ist ein pädagogisches Konzept zu entwickeln und die vorgegebene Antragsfrist zu beachten.

Die Gruppe FDP/Grüne wies darauf hin, dass auch durch die anderen Fraktionen des Rates zu diesem Thema Vorarbeit geleistet wurde, befand den Inhalt noch nicht ausreichend thematisiert und sah noch einen wesentlichen Informations- und Diskussionsbedarf.

Ein Ausschussmitglied nannte als gewünschtes Ziel die gebundene Ganztagsgrundschule. Da zurzeit nur die offene Ganztagsgrundschule rechtlich möglich ist, sollte das Beste aus den gegebenen Möglichkeiten gemacht werden. Damit wäre man auch für die Zukunft vorbereitet.

Die Gruppe FDP/Grüne befürwortete ebenfalls die gebundene Ganztagsgrundschule, man müsse aber zunächst mit der offenen Ganztagsgrundschule leben. Von der Gruppe FDP/Grüne wurde hierzu ein Fragenkatalog (**Anlage**) vorgelegt und um die Klärung der Fragen vor Beschlussfassung und Antragstellung gebeten

Die Ausschussvorsitzende teilte hierzu mit, dass eine Beantwortung sämtlicher Fragen in der Sitzung nicht möglich ist, verschiedene Fragen aber andiskutiert werden können.

Von der SPD-Fraktion wurden noch einmal die Kernpunkte der geplanten offenen Ganztagsgrundschule herausgestellt und in dem kostenlosen Angebot der Betreuung bis 15.00 Uhr eine deutliche Verbesserung gesehen.

Die CDU-Fraktion monierte, dass keine ausreichende Elternbeteiligung stattgefunden habe und trotzdem ein Beschluss gefasst werden soll. Mit der schrittweisen Einführung zunächst in Sande wird eine Abwanderung

von Schülern aus den beiden anderen Schulen befürchtet und dadurch deren Bestand als gefährdet gesehen. Es wurde vorgeschlagen, zunächst einen Beschlussvorschlag mit dem Auftrag zur Ermittlung der Kosten einschließlich Folgekosten unter Berücksichtigung aller Faktoren zu fassen. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde so nicht zugestimmt.

Von der Gruppe FDP/Grüne wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eigentlich ein gemeinsames Ziel erreicht werden soll, aber zu dem jetzt geplanten „Hau-Ruck-Verfahren“ keine Zustimmung seitens der Gruppe erfolgt. Die Meinung aller Beteiligten muss eingeholt, ein pädagogisches Konzept erstellt und Kosten ermittelt werden. Dies braucht Zeit, daher wird für die Einführung an allen drei Schulen zum Schuljahr 2014/15 plädiert und dem vorgelegten Beschlussvorschlag nicht zugestimmt. Die Entwicklung war bekannt, hier hätte man eher handeln können.

Die Elternvertreterin erläuterte die in Sande durchgeführte Elternumfrage, deren Ergebnis diesem Protokoll als **Anlage** beigefügt ist. Hierbei wurde versucht, die Eltern neutral zu informieren. Die Rücklaufquote lag bei 76,471 %. 67 Personen sprachen sich für, 24 gegen die Einführung der Ganztagsgrundschule in Sande aus. Im Rahmen der Umfrage wurden auch standardmäßige sowie zusätzliche Rahmenbedingungen abgefragt. Hier standen Zuverlässigkeit und Qualität im Vordergrund.

Von der SPD-Fraktion wurde betont, dass die Erhaltung der Schulstandorte nicht in Frage steht und eine Abwanderung nicht das Ziel sei. Die offene Ganztagsgrundschule in Sande ab dem Schuljahr 2013/14 ist umsetzbar, der Bedarf ist da. Mit der politischen Entscheidung für die Einführung der Ganztagsgrundschule soll ein positives Signal gegeben und daher der Beschluss gefasst werden. In der nächsten Ausschusssitzung wäre dann über eine gute, machbare Ausgestaltung des Angebotes zu beraten.

Ein Ausschussmitglied mahnte an, nicht am falschen Ansatz zu sparen, Bildung kostet Geld. Auch sei der Hort als Ergänzung zur Ganztagsgrundschule zu sehen und die Zusammenarbeit zu suchen.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärte die SPD-Fraktion, dass der Beschlussvorschlag alle Jahrgänge einbezieht. Der Bürgermeister stellte in Aussicht, zur nächsten Schulausschusssitzung Fördermöglichkeiten zu prüfen und dann genaue Zahlen und ein bis dahin erstelltes pädagogisches Konzept vorzulegen. Eventuell könne auch eine Umfrage in Neustadtgödens durchgeführt werden.

Von der SPD-Fraktion wurde beantragt, den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages hinter dem Wort „Kosten“ um den Text „und die zu erreichenden Fördermittel vom Land“ zu ergänzen.

Von der Gruppe FDP/Grüne wurde beantragt, im ersten Absatz des Beschlussvorschlages die Worte „zu stellen“ zu streichen und dafür das Wort „vorzubereiten“ einzufügen.

Über die beantragten Änderungen wurde sodann im Ausschuss wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Der geänderte Beschlussvorschlag wurde durch die Ausschussvorsitzende festgestellt und zur Abstimmung gegeben.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß § 23 (4) Nds. Schulgesetz für die Grundschule Sande zum Schuljahr 2013/2014 einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Errichtung einer Ganztagschule vorzubereiten und für die Grundschulen Cäciliengroden und Neustadtgödens für das Schuljahr 2014/2015.

Die hierdurch entstehenden Kosten und die zu erreichenden Fördermittel vom Land sind von der Verwaltung zu ermitteln, einschließlich einer geplanten, darüber hinausgehenden Rand- bzw. Hortbetreuung an 5 Wochentagen bis 17.00 Uhr.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

**5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Von der Gruppe FDP/Grüne wurde auf die in der Sitzung des Fachausschusses vom 25.04.2012 zum Thema Ganztagsgrundschule besprochene Elternbefragung und Informationsveranstaltung hingewiesen und deren Nichtumsetzung bemängelt, was ebenfalls auch beim Thema Inklusion der Fall gewesen sei.

Da nunmehr bereits Umfragen durch die Schulelternräte in Sande und Cäciliengroden durchgeführt wurden, legte die Verwaltung dar, jetzt zunächst die Kosten zu ermitteln und die Rahmenbedingungen festzulegen, um dann den Eltern ein abschließendes Angebot unterbreiten zu können.

Von den Elternvertretern wurde nahegelegt, die Rahmenbedingungen im Sinne der Eltern auszugestalten und die Eltern zu informieren. Wichtig sei auch, zu klären, was konkret mit dem bestehenden Personal passiert.

Schluss der Sitzung: 18:34 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin